

Hintergrund

Treibt der Atomausstieg den Strompreis in die Höhe?

Eine Rechnung mit vielen Unbekannten

Folgt man einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Fall klar: Der Atomausstieg kostet Verbraucher und Unternehmen bis zum Jahr 2030 genau 32 Mrd. Euro. Klingt nach viel, bedeutet in Wahrheit aber, dass die Strompreise bis 2030 um gerade einmal 0,3 Cent pro Kilowattstunde ansteigen würden. Die Energiewende wäre damit geradezu ein Schnäppchen. Doch wie so viele andere Studien, die uns die angeblich enormen Kosten des Atomausstiegs aufzeigen sollen, ist auch die u. a. vom Energiewirtschaftliches Institut der Uni Köln(EWI) angestellte Berechnung lückenhaft. Hier fehlen z. B. die Kosten des Netzausbaus.

Tatsächlich kann heute niemand auch nur annähernd vorhersagen, wie sich der Strompreis in den kommenden Jahren entwickeln wird. Dennoch türmen sich inzwischen die Studien, die genau das versuchen – und die hochgerechneten Zahlen dann auch noch dem Atomausstieg anlasten. Das ist gleich in mehrfacher Weise unseriös: Erstens werden die enormen Unsicherheiten der Preisschätzungen nicht erwähnt und zweitens wird verschwiegen, dass die meisten Kosten auch ohne beschleunigten Atomausstieg anfallen würden. So hatte sich die Bundesregierung bereits im Oktober 2010 – zusammen mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke – vorgenommen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 35 % und bis 2030 auf 50 % anzuheben. Dass damit eine Modernisierung der Stromnetze einhergehen muss, war bekannt und ist ebenfalls unabhängig vom Atomausstieg erforderlich.

Wie beeinflusst der Atomausstieg den Strompreis?

Um die Auswirkungen des Atomausstiegs auf die Strompreise zu analysieren, muss man drei verschiedene Aspekte beachten:

1. Den Einkaufspreis für Strom, der sich an der Börse ergibt,
2. Die Kosten des Stromnetzes, die über die Netznutzungsentgelte an die Kunden weitergegeben werden,
3. Die Kosten des Ökostromausbaus, die über die Umlage auf Basis des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) an die Kunden weitergeleitet werden.

Der beschleunigte Atomausstieg wirkt sich auf die einzelnen Komponenten wie folgt aus.

1. Der Börsenpreis

Der Großhandelspreis für Strom ist noch am ehesten zu prognostizieren. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem „Spotmarktpreis“, der sich nach dem aktuellen Verhältnis von Angebot und Nachfrage richtet, und dem „Terminmarktpreis“, auf dem heute bereits Stromlieferung gehandelt werden, die erst künftig – meist in einem Zeitraum von bis zu drei Jahren – geliefert werden. Im Preis auf dem Terminmarkt drückt sich daher die Erwartung aus, wie sich Angebot und Nachfrage künftig entwickeln werden. So hat die Fukushima-Katastrophe den Preis für eine Megawattstunde Strom am Terminmarkt um etwa 10 % von 58 Euro auf 64 Euro steigen lassen. Seitdem entspannt sich der Markt jedoch. Aktuell liegen die Preise nur um etwa 4 Euro/MWh über dem Niveau vor der Atomkatastrophe. Zum Vergleich: Im Jahr 2008, als der Öl- und Gaspreis neue Rekordhöhen erreichte, lag der Handelspreis zeitweise bei über 80 Euro/MWh. Von diesem Niveau sind wir trotz Atomausstiegs weit entfernt.

2. Die Netzkosten

Die von den Stromkunden zu bezahlenden Netznutzungsentgelte sind in den vergangenen Jahren gesunken. Machten sie früher rund ein Drittel des Verbraucherpreises für Strom aus (ca. 7,5 Cent/kWh), so liegen sie heute für Privatkunden bei unter 6 ct/kWh, Industrie und Gewerbe zahlen sogar nur noch ca. 5 bzw. 1,5 Cent/kWh. Das ist das Ergebnis der Arbeit der Bundesnetzagentur, die sich bei der Kostenkontrolle für den Netzbetrieb verdient gemacht hat.

Künftig aber wird weniger der Betrieb der Netze, sondern es werden vielmehr die Kosten des Netzausbaus die Entwicklung der Netzentgelte bestimmen. Dass die Netze ausgebaut werden müssen, steht außer Zweifel. In welchem Ausmaß und zu welchem Preis ist aber umstritten. Entsprechend schwierig ist es, hier Prognosen zu machen. Die Deutsche Energieagentur (dena) hatte bereits vor einiger Zeit einen Anstieg der Netzentgelte um bis zu 0,5 Cent/kWh durch den Ausbau der Stromnetze errechnet. Die Bundesnetzagentur beziffert den Anstieg inzwischen auf 1 – 1,5 ct/kWh. Überprüfbar sind diese Schätzungen aber nicht, da die Grundlagen des Netzausbaus nicht öffentlich zugänglich sind und daher auch keine kritische und unabhängige Überprüfung möglich ist, in welchem Ausmaß und zu welchen Kosten die Netze ausgebaut werden müssen.

3. Die EEG-Umlage

Es klingt paradox, aber immer mehr erneuerbar erzeugter Strom muss trotz der Anfangsinvestitionen nicht zwangsläufig mehr Geld kosten. Bereits im kommenden Jahr wird das aller Voraussicht nach deutlich. Denn immer im Oktober wird geschätzt, wie stark der Ausbau der über das EEG finanzierten Anlagen vorankommen wird. Im letzten Jahr berechneten die Netzbetreiber, dass vor allem wegen des starken Ausbaus der relativ teuren Fotovoltaik eine Steigerung der EEG-Umlage von gut 2 auf 3,5 ct/kWh erforderlich sei. Doch diese Schätzung lag zu hoch. Tatsächlich wird im laufenden Jahr weniger Geld für den EE-Ausbau erforderlich sein. Die zu viel eingenommenen Gelder werden ab Oktober 2011 mit der im kommenden Jahr notwendigen Umlagehöhe verrechnet. Experten erwarten, dass die EEG-Umlage daher stabil bleibt, obwohl der Ausbau der Erneuerbaren weitergeht.

Nicht nur fehlerhafte Berechnungen, auch die erfreuliche Senkung der Erzeugungskosten für Ökostrom begrenzt die EEG-Umlage trotz fortschreitenden Ausbaus. Vor allem Solarstrom wird rasch billiger. Um ca. 50 % sind die Kosten für die Solarstromerzeugung seit 2004 gefallen. Daher konnte die EEG-Vergütung für Solarstrom von 57 ct/kWh auf heute knapp 29 ct/kWh abgesenkt werden, besonders kostengünstige Freiflächenanlagen erhalten sogar nur noch rund 21 ct/kWh. Solarstrom wird daher nicht länger der Treiber für die EEG-Umlage sein. Eher schon Offshore-Windparks. Sie erhalten mit bis zu 19 ct/kWh bereits ab 2012 höhere Vergütungen als einige Solarstromanlagen – allerdings nur über einen Zeitraum von 8 Jahren.

Kurzum: Die EEG-Kosten werden in den kommenden Jahren moderat ansteigen. Experten gehen davon aus, dass sie von heute 3,5 auf über 4 ct/kWh ansteigen können. Letztlich wird der Preis aber wesentlich von der Entwicklung der Offshore-Windparks abhängen.

Nicht vergessen werden darf aber, dass Ökostrom zugleich den Börsenpreis für Strom senkt. Denn an der Börse zählen nur die Betriebskosten der Stromerzeugung – und die sind bei Sonne und Wind de facto bei Null. Je mehr Ökostrom also bereitsteht, desto billiger wird der Strom an der Börse. Die Bundesnetzagentur schätzt, dass dieser als „Merit-Order-Effekt“ bezeichnete Mechanismus im Jahr 2011 etwa ein Drittel der EEG-Kosten kompensiert. Unterm Strich kostet das EEG Verbraucher folglich nicht 3,5, sondern nur rund 2,4 ct/kWh. Besondere Vorteile genießen dabei stromintensive Unternehmen, die ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit sind, von der Kostensenkung an der Börse um gut 1 ct/kWh aber profitieren.

Grüne Schlussfolgerungen aus der Preisdebatte

Die bislang vorliegenden Studien warten meist mit Horrorzahlen über die Kosten des Atomausstiegs auf. In der Regel werden Kosten mit eingerechnet, die auch ohne Atomausstieg anfallen würden, etwa der Netzausbau. Zudem werden die Kosten über einen längeren Zeitraum aufsummiert, so dass hohe Milliardenbeträge entstehen. So soll die Stimmung gegen den Atomausstieg geschürt werden. Doch bei genauerer Betrachtung entpuppen sich die Riesensummen als eher verträgliche Kostenerhöhung im Vergleich zu den enormen Strompreisanstiegen der letzten Jahre.

Das komplexe Zusammenwirken der verschiedenen preisrelevanten Faktoren ist zwar schwierig vorherzusagen, doch lassen sich die folgenden Schlüsse jetzt bereits ziehen:

1. Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Wirkungen auf die Strompreisentwicklung sind aber eher moderat. Börsenpreis, Netzausbau und EEG-Umlage könnten insgesamt zu einer Erhöhung der Strompreise für Endverbraucher im Bereich von 1 – 3 ct/kWh führen. Das wäre eine Erhöhung um maximal 12 % über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren, rechnerisch also rund 0,6 % pro Jahr.
2. Seit 2003 sind die Strompreise für Endverbraucher um 45 % gestiegen. Hauptgrund waren die zeitweise extrem hohen Kosten für Öl- und Erdgas. Diese werden auch die künftigen Strompreise weit mehr bestimmen als die Kosten der Energiewende. Je mehr Ökostrom erzeugt wird, desto weniger sind wir von den zu erwartenden Preisanstiegen bei den fossilen Brennstoffen abhängig.
3. Seit 2008 ist der Börsenpreis für Strom um zeitweise über 2 ct/kWh gesunken. Dieser Preisvorteil wurde von den Energieversorgern jedoch nicht an die Kunden weitergegeben. Im Gegenteil: Die meisten haben die Preise weiter erhöht und sich so zusätzliche Milliardengewinne verschafft. Die grüne Bundestagsfraktion hat dazu ein Gutachten erarbeiten lassen, das zeigt, dass allein der RWE-Konzern den Kunden über 2 Mrd. Euro zu viel in Rechnung gestellt hat. (http://www.gruene-bundestag.de/cms/energie/dok/361/361743.die_abzocke_geht_weiter.html) Diese Abzocke muss ein Ende haben. Wir brauchen parallel zur Energiewende eine funktionierende und strenge Marktaufsicht, die diesem Treiben einen Riegel vorschiebt. Wir Grüne wollen deshalb u. a. eine Markttransparenzstelle mit weitreichenden Kompetenzen sowie eine Schiedsstelle an die sich Energiekunden wenden können, um ihr Recht zu bekommen.
4. Das Bild von abwandernden Branchen und neuen Arbeitslosen als Folge erhöhter Strompreise ist völlig überzogen. Gerade stromintensive Branchen profitieren von dem auch wegen des wachsenden Ökostromanteils sinkenden Strompreis an der Börse, andere Branchen werden wenig belastet. Dennoch sind wir Grüne dafür, den Unternehmen unter die Arme zu greifen. So wollen wir über einen neuen Energiesparfonds das Energiesparen auch in der Wirtschaft fördern und so das Klima schützen, Innovationen voranbringen und die Energiekosten senken.